

### Antrag der Jusos Ostholstein zur Mitgliederversammlung der SPD Ostholstein am 2.3

Die Mitgliederversammlung der SPD Ostholstein möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Landtag wird aufgefordert, die derzeitige Verwendung der WiFi4EU Fördermittel in Schleswig-Holsteinischen Kommunen abzufragen und auf den Ausbau dieser Förderung der EU-Kommission speziell für den schwach urbanisierten Raum hinzuwirken. Ziel ist eine möglichst Umfassende Installation öffentlicher WLAN-Infrastruktur mit Fördermitteln der Europäischen Kommission in unseren Kommunen

Begründung:

*"Der überwiegende Teil der Einwohner Deutschlands bedient sich täglich des Internets. Damit hat es sich zu einem die Lebensgestaltung eines Großteils der Bevölkerung entscheidend mitprägenden Medium entwickelt, dessen Ausfall sich signifikant im Alltag bemerkbar macht." Bundesgerichtshof 2013*

Spätestens seit der Formulierung des Bundesgerichtshofes ist der Zugang zum Internet als Grundrecht anerkannt. Eine gute IT-Infrastruktur leistet einen hohen Anteil an prosperierender Stadtentwicklung. Insbesondere außerhalb großer urbaner Ballungszentren ist diese bisher zu wenig ausgeprägt. Junge Familien, Studenten und Auszubildende messen dem Faktor Digitalisierung bei Ihrer Wohnortwahl zunehmende Bedeutung bei. Wir sollten als Stadt das steigende Bedürfnis der einheimischen Bevölkerung und der Touristen nach schnellen, kostenlosen WLAN Hotspots schnellstmöglich befriedigen um unseren Attraktivität auch zukünftig zu erhalten. An öffentlichen Orten wie Parks und Fußgängerzonen fördert ein Freies WLAN zudem die Belebung des Raumes. Außerdem hat der Europäische Gerichtshof im vergangenen Jahr die sogenannte Störerhaftung abgeschafft. Dies wurde nachträglich durch den Bundesgerichtshof bestätigt. Das Risiko der Haftbarkeit der Gemeinde bei Missbrauch des Internetzugangs ist somit seit diesem Jahr minimiert. Das heißt das durch den Betrieb von öffentlichen WLAN Netzen nicht mehr unkalkulierbare Kosten durch eine unklare Rechtsprechung und daraus folgenden Rechtsstreitigkeiten entstehen können.

Zur weiteren Förderung des Ausbaus der kommunalen IT-Infrastruktur wurde das von der Europäischen Kommission aufgelegte Programm WiFi4EU ins Leben gerufen. Es soll den Kommunen durch die Förderung durch einen einmalig abrufbaren Pauschbetrag in Höhe von 15000€ bei der Etablierung dieser fortschrittlichen Infrastruktur unter die Arme greifen.

Der Pauschbetrag wird hierbei nach einem „First Come First Serve“ Prinzip gewährt. Die Beantragung der Fördermittel durch unsere Kommunen ist unkompliziert und wünschenswert.